



AKTUELLES

DATEN UND FAKTEN

Sie befinden sich hier:

[Startseite Niedersachsen](#)

[Aktuelles](#)

[Aus dem Bundesverband](#)

Kinder schützen statt Eltern kontrollieren: Alleinerziehende kritisieren Kinderschutzgesetz

Berlin, 25. Mai 2009

"Alleinerziehende sind in der Jugendhilfe eine präzente Zielgruppe. Sie laufen Gefahr, beim Thema Kinderschutz unter Generalverdacht zu stehen" so Edith Schwab, Vorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV). "Die Jugendhilfe entwickelt sich beim Stichwort Kindeswohl zunehmend zu einer Kontrollbehörde. Das können wir nicht hinnehmen."

Heute findet eine Anhörung von Expert/innen zum Kinderschutzgesetz vor dem Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend statt. Der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes (Kinderschutzgesetz) legt den Schwerpunkt auf Hausbesuche und Meldepflichten. Geheimnisträger/innen werden teilweise von der Schweigepflicht entbunden. Das bedeutet, dass viele Eltern aus Scham und Angst keine Hilfe mehr suchen werden. Eine Erhöhung der Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe ist nicht vorgesehen.

Nach Ansicht des VAMV stehen die Investitionen der Regierung in keinem Verhältnis zu ihrem gesetzgeberischen Aktionismus. "Wer Kinder in den Mittelpunkt stellen will, sollte die Jugendhilfe nicht mit regulativen Aufgaben überlasten, sondern bei den Ursachen der Gefährdungen ansetzen" kritisiert Edith Schwab. "Eine Kuh, die ich melken will, muss ich auch füttern. Im Kinderschutz heißt das nicht nur eine bessere Ausstattung der Jugendhilfe. Vor allem heißt es, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Wer durch Kontrollmaßnahmen die Kindeswohlgefährdung individualisiert, verliert aus den Augen, dass durch mangelhafte Armutsbekämpfung ein viel größerer Anteil von Kindern gefährdet wird" so die Vorsitzende weiter.

Der VAMV fordert eine Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro zur Existenzsicherung von Kindern.

Dateien
PM_Kinderschutzgesetz_25.5.09.pdf 195 KB

[Zurück](#)